Nr. 32. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Mittwoch, 20. Januar 1897.

Verantwortlicher Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3–4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Eine antideutsche Bewegung.

Ueber eine antideutsche handelspolitische Bewegung in Holland findet sich in der „Deutschen Wochenztg. in den Niederlanden“ folgender Bericht:

Am 22. Dezember 1896 hatten die Abgeordneten Kolkman und van Dedem in der zweiten Kammer der deutschen Regierung den verdeckten Vorwurf gemacht, sie ruinire durch das Vieh- und Milcheinfuhrverbot die holländische Landwirthschaft; es sei in Deutschland eine solche Protektionswirthschaft eingerissen, daß man Deutschen, welche auf niederländischem Boden Vieh züchteten, erlaube, die Milch dieser Thiere in Deutschland einzuführen, während man Niederländern dies verbiete. Da zufolge den Ausführungen des parlamentarischen Korrespondenzbureaus, welches den großen niederländischen Blättern Auszüge aus den Kammerverhandlungen zugehen läßt, die Minister des Aeußern und Innern diese Bemerkungen nicht desavouirten, entstand in hiesigen landwirthschaftlichen und andern Kreisen eine tiefe Mißstimmung gegen Deutschland, welche in einigen Artikeln mehrerer größerer Blätter zum Ausdruck gelangte. Die Ausfuhrstatistik ergiebt aber, daß sich der Export von niederländischem Fleisch nach Deutschland im Jahre 1896 gegen das Vorjahr verzwanzigfacht hat. Auf Grund dieser Thatsache erlaubte ich mir, dem Minister des Aeußern die mündliche Frage zu stellen, in welcher Weise diese statistischen Angaben mit den, den deutschen Behörden zugeschriebenen protektionistischen Neigungen in Einklang zu bringen seien. Er verwies mich jedoch betreffs der Beantwortung derselben an den Abgeordneten Kolkman. Die statistischen Angaben hatte der Minister noch nicht gelesen. Dagegen hatte er die Güte, mir das Stenogramm seiner Rede vorzulesen, aus welchem ersichtlich ist, daß die Auszüge dieser Rede in den niederländischen Blättern sehr unvollkommen waren. Er hatte dem Abgeordneten Kolkman damals erwidert, deutsche Gutsbesitzer jenseits der Grenze hätten auf diesseitigem Gebiete Viehweiden. Es sei ganz selbstverständlich, daß die deutschen Behörden diesen deutschen Viehbesitzern erlaubten, die Milch dieses Viehs zu ihrem auf deutschem Gebiete liegenden Hofe zu bringen. Es seien ihm verschiedene Fälle bekannt, daß dieselbe Vergünstigung auch holländischen Viehbesitzern zu Theil geworden. Das klingt doch wohl ganz anders, wie der Bericht in den Blättern, dem zufolge der Minister zu den Ausführungen des Herrn Kolkman so zu sagen nur mit der Achsel zuckte. Ferner erklärte mir der Minister, die Verhandlungen mit der deutschen Regierung wegen Erleichterungen bezüglich der Vieh- und Milcheinfuhr seien noch nicht abgeschlossen. Begreiflicherweise könne er sich nur den Kammern gegenüber über diese heikle Frage äußern. Herr Kolkman, den ich auf Empfehlung des Ministers besuchte, erklärte, absolut nicht der Deutschenfresser zu sein, für welchen er, seinen Reden zufolge, allgemein gehalten werde. Ihn ärgere nur das Vorgehen der deutschen Behörden, die deutschen Bauern, die ihren Wohnsitz auf niederländischem Boden haben, erlauben, ihre Milch Stunden weit, an holländischen Bauernhöfen vorbei, über die Grenze zu führen. Ihm seien mehrere solche Fälle bekannt. Der Minister möge in seinem Falle Recht haben; er für seine Person habe auch Recht. Es müßten Gegenmaßregeln genommen werden, um der darniederliegenden Landwirthschaft, dem Gewerbe und der Industrie wieder auf die Beine zu helfen. Auf meinen Einwurf, zu solchen Maßregeln sei ja gar kein Grund vorhanden, da die Ausfuhrstatistik eine sehr große Zunahme aufweise, entgegnete Herr Kolkman, diesen Aufschwung könne er sich auch nicht erklären. Ich begab mich hierauf zu einer sehr einflußreichen politischen Persönlichkeit, deren Namen zu nennen mir verboten ist, und stellte die Frage, ob die Idee bezüglich der Maßregeln gegen Deutschland in politischen Kreisen schon erwogen worden sei. Der genannte Herr sagte: „Druck erzeugt Gegendruck. Es hat sich ein Komitee aus Abgeordneten aller politischen Richtungen, Landwirthen, Industriellen, Gewerbetreibenden und Leitern größerer politischer Blätter gebildet, welches als Losungswort: Gegenmaßregeln, und sei es selbst den Zollkrieg führt. Diese Herren wohnen in verschiedenen Provinzen, zumal in Twente. Die Bewegung wird sich somit über's ganze Land erstrecken.“ Ich erlaubte mir zu bemerken, daß, für den Fall die Niederlande zur Einführung von Kampfzöllen übergingen, Deutschland mit Differenzialzöllen antworten könne. „Dann führen wir in Indien Differenzialzölle ein“, entgegnete der Politiker in erregtem Tone. „Aber Deutschland exportirt doch nur sehr wenig nach Niederländisch-Indien?“ „Nun, dann treffen wir England um so empfindlicher.“ „Darüber kann sich Deutschland nur freuen.“ Hier endete die Unterhaltung. Mir kamen sonderbare Gedanken bezüglich des Komitees. Der Umstand, daß keine Handeltreibende in demselben Sitz hatten, die Bemerkung des Politikers: „Dann treffen wir England!“ läßt vermuthen, daß die Bewegung nicht ausschließlich gegen Deutschland gerichtet ist, sondern daß man nur die Aufmerksamkeit auf dieses Land, welches die niederländische Landwirthschaft und Industrie schädige, lenken will, um auf die Interessen zu wirken und den kommenden Wahlkampf mit dem Schlachtruf: Hie Schutzzoll! ganz plötzlich eröffnen zu können. Es wäre dies, milde ausgedrückt, ein sehr gefährliches Verfahren, das niederländischen Handel benachtheiligen könnte. Denn Jeder, der sich die Mühe nimmt, die Ausfuhrstatistiken beider Länder zu vergleichen, wird sich überzeugen, daß die niederländische Ausfuhr nach Deutschland circa 80 Prozent der Gesamtausfuhr beträgt, während umgekehrt die Deutschlands nach Holland sich nur auf circa 1 Prozent beläuft. Die wirthschaftlichen Folgen eines Zollstreits müßten somit zum Nachtheil der Niederlande ausfallen. Da die Bewegung noch im Keime begriffen ist, wird jedenfalls der Handelsstand ihr besondere Aufmerksamkeit widmen müssen, um nicht im entscheidenden Momente überrascht zu werden.

Zur Charakteristik des Grafen Muravjiew

wird dem offiziösen „Wiener Fremdenblatt“ folgende interessante Skizze aus Kopenhagen geschickt:

Graf Muravjiew steht gegenwärtig am Anfang der Fünfziger. Er gehört einem Geschlecht an, das dem öffentlichen Dienste Rußlands schon manchen markanten Mann gegeben hat und auch er selbst macht den Eindruck einer bemerkenswerthen, weit über das Gewöhnliche hinausragenden Intelligenz. Was seine äußere Erscheinung betrifft, so ist sie die des distinguirten Weltmannes und zwar des russischen Weltmannes, denn der Typus des Gesichts und die stumpfe Form der Nase sind streng national. Graf Muravjiew ist über Mittelgröße, der kurz geschnittene Schnurrbart und das schüttere Haar sind blond — jetzt freilich schon mit Grau untermischt, und selten sieht man den Grafen anders als mit dem Monocle im Auge. Er ist ein angenehmer Causeur, ungemein liebenswürdig und vollendeter Hofmann. Graf Muravjiew legte der äußeren Repräsentation sehr viel Gewicht bei und führte einen Train, wie ihn sonst nur Botschafter an großen Höfen zu führen pflegen. Seine häufigen Diners, bei denen auch die Tafelmusik nicht fehlte, gehörten zu den allerglänzendsten. Graf Muravjiew ist zwar Wittwer, doch wußte er die Abwesenheit einer Hausfrau durch die chevalereske Aufmerksamkeit, die er auch dem geringsten seiner Gäste gegenüber an den Tag legte, vergessen zu machen. Aus seiner kurzen Ehe entstammen zwei Kinder, eine nunmehr in Rußland verheirathete Tochter und einen Sohn. Daß Graf Muravjiew, wie jeder richtige Diplomat, ein vorzüglicher Whistspieler ist, versteht sich von selbst. Sein Lieblingsspiel ist übrigens das Schach. An den trüben Winternachmittagen fanden stets mehrmals wöchentliche Schachturniere statt, und man konnte oft bei diesen Gelegenheiten den russischen und englischen Gesandten als Gegner in diesem indischen Spiele sehen, wie sie sich Zug um Zug bekämpften. Dafür, daß Graf Muravjiew ein tüchtiger Arbeiter und scharfer Beobachter ist, spricht die Vermuthung — ein Urtheil kann sich die profane Welt darüber nicht bilden. Seit die Kandidatur des Grafen Muravjiew für den Posten des Ministers des Aeußern in Aussicht kam, hat man viel von seiner Energie reden gehört. Bei uns in Kopenhagen hatte er wohl keine Gelegenheit, irgend welche besondere Energie zu entfalten. Mag sein, daß er nach dem Grundsatz fortiter in re vorzugehen liebt, wir hier hatten jedenfalls nur Gelegenheit, ihn von der Seite des suaviter in modo kennen zu lernen. Auch von seiner angeblichen Franzosenfreundlichkeit und seinen geringen Sympathien für Deutschland wird jetzt viel gesprochen. Ich glaube nicht, daß Graf Muravjiew zu den Leuten gehört, die ihr Herz auf der Zunge tragen und als zünftiger Diplomat durfte er wohl dem Talleyrandschen Grundsatz huldigen, daß die Sprache den Menschen gegeben wurde, um ihre Gedanken zu verbergen. Daher möchte ich all das Gerede über Graf Maravjiews politische Neigungen und Abneigungen mit einiger Vorsicht aufnehmen. Kopenhagen hat von jeher in dem Rufe eines tremplin des ambassadeurs (Sprungbrett der Botschafter) gestanden, da Gesandte verschiedener Mächte von dort auf Botschafterposten berufen wurden. Dagegen dürfte es das erste Mal sein, daß ein russischer Gesandte den Posten in Kopenhagen mit jenem eines Leiters des Ministeriums des Aeußern vertauschte. In der letzten Zeit bezog Rußland — vom Fürsten Lobanow abgesehen — die Leiter seiner auswärtigen Politik noch weit nördlicher als von Dänemarks Hauptstadt, nämlich aus Stockholm, wo bekanntlich Giers und Schischkin vor ihrer Berufung nach Petersburg amtirten.

Aus dem Reiche.

Der **Kaiser** hat, wie erst jetzt bekannt wird, anläßlich der Eröffnung der direkten unterseeischen Drahtverbindungen zwischen Deutschland und Spanien, Portugal sowie darüber hinaus mit Afrika, Asien und Südamerika an den Staatssekretär Dr. v. Stephan unter dem 4. Januar folgendes Handschreiben gerichtet: „Ich habe von den Ausführungen Ihres Berichts vom 20. Dezember v. J. über die Legung des unterirdischen Kabels zwischen Emden und Vigo mit lebhaftem Interesse Kenntniß genommen, und begrüße es mit Freuden, daß das durch die Initiative des Reichspostamts ins Leben gerufene Unternehmen nunmehr den direkten Telegrammverkehr Deutschlands mit der iberischen Halbinsel ermöglicht und besonders auch den Verkehr mit den deutschen Schutzgebieten vereinfacht und von der Vermittelung durch Frankreich und Spanien befreit. Indem ich Ihnen zu diesem Ergebniß jahrelanger und mühevoller Arbeit meinen Glückwunsch ausspreche, gebe ich der Hoffnung Ausdruck, daß die Weiterführung des Kabels nach Nordamerika in gleicher Weise gelingen und damit das große Werk seiner Vollendung entgegengeführt werden möge.“ — Der Kaiser hat den **Fürsten Wilhelm zu Wied**, seinem Wunsche entsprechend, von der bisherigen Stellung als kaiserlicher Kommissar und Militär-Inspekteur der freiwilligen Krankenpflege bei der Armee im Felde entbunden und zu dessen Nachfolger den Grafen zu Solms-Baruth auf Klitschdorf ernannt. Gleichzeitig hat der Kaiser genehmigt, daß der Geheime Ober-Regierungs-Rath und vortragende Rath im Ministerium für Landwirthschaft, Freiherr von Seherr-Thoß, dem neuernannten Militär-Inspekteur zur Unterstützung in den laufenden Geschäften beigegeben wird. — **Generalfeldmarschall Graf Blumenthal** wird am 30. Juli ein Jubiläum begehen, wie es in der preußischen Armee, abgesehen von Kaiser Wilhelm I., noch nicht gefeiert worden ist. An dem genannten Tage sind es nämlich 70 Jahre her, seitdem Graf Blumenthal in die Armee eingetreten; zweifellos wird das siebzigjährige Dienstjubiläum unter größeren Feierlichkeiten seitens der Armee begangen werden. Graf Blumenthal ist am 30. Juli 1810 in Schwedt geboren. Ihr fünfzigjähriges Dienstjubiläum werden in diesem Jahre feiern: 1. Generalfeldmarschall Prinz Albrecht von Preußen, Generalinspekteur der 1. Armeeinspektion 2c., am 8. Mai 1897, 2. Generaloberst der Kavallerie Freiherr v. Loë, Generaladjutant des Kaisers und Oberbefehlshaber in den Marken 2c., am 7. April 1897, 3. General der Infanterie v. Rauch, Chef der Landgendarmerie, am 22. April 1897, 4. General der Kavallerie v. Hänisch, kommandirender General des 4. Armeekorps 2c., am 16. Juli 1897. — Der Staatssekretär des Aeußern, **Frhr. Marschall von Bieberstein**, gedenkt dem Vernehmen nach in den ersten Tagen der nächsten Woche aus Locarno hierher zurückzukehren und seine Amtsgeschäfte im vollen Umfange wieder aufzunehmen. Das Leiden des Herrn von Marschall, das lediglich nervöser Art und durch die Aufregungen der jüngsten Zeit hervorgerufen war, ist völlig beseitigt. — Der **Bischof von Stablewski** in Posen hat anläßlich des fünften Jahrestages seiner Bischofsweihe ein Rundschreiben an die Geistlichkeit erlassen, in dem es heißt: „Niemand kann es dem Priester verwehren, das theuerste Erbe der Väter, die Muttersprache zu lieben, mit erlaubten Mitteln sie zu schützen und zu pflegen; Niemand kann ihm verbieten, auf dem strengen Gebiete seiner Hirtenpflichten die Muttersprache seiner Schäflein zu berücksichtigen und zu gebrauchen als stets das beste Mittel, um auf das Herz einzuwirken und die Seelen zu leiten, aber andererseits muß er sich auch streng gewissenhaft hüten vor einer der Religion Jesu Christi widersprechenden Exklusivität und Einseitigkeit, vor derselben seine Gläubigen warnen. Denn gleichwie die katholische Kirche alle Völker in ihren Schoß aufnimmt, so ist es Niemandem, und erst recht dem Herzen des Priesters, erlaubt, durch irgend ein unklares Wort oder Verhalten auch nur im Geringsten den Schein zu erwecken, als huldige er der unkatholischen und unchristlichen Meinung, als fände der Glaube und die Lehre Christi in einer Nation oder in einer Sprache besser, vollkommener, gottgefälliger ihre Form und ihren Ausdruck als in einer anderen.“ Das sind sehr richtige Worte; aber wie wenig in der Diözese des Erzbischofs von Stablewski danach verfahren wird, ist bekannt und hat der Propst Szadzinski jüngst wieder dargethan. In dieser Angelegenheit bringen mehrere Blätter die überraschende Meldung, gegen das freisprechende Urtheil im Witaschützer Prozesse habe der Erste Staatsanwalt Dr. Isenbiel Revision beim Reichsgericht angemeldet. Man muß auf die Angabe der juristischen Fehler, welche den Staatsanwalt gezwungen haben, das die polnische Propaganda kennzeichnende Urtheil anzufechten, sehr gespannt sein. — Die Entlassung des Redakteurs der „Frankf. Ztg.“ aus der **Zeugnißzwangshaft** ist nach der „Köln. Ztg.“ auf direktes Einschreiten des Reichskanzlers erfolgt, der sich in den letzten Tagen über die Sachlage einen eingehenden Bericht erstatten ließ und die Aufhebung der Zwangshaft anordnete. Die „Köln. Ztg.“ versichert, der Fürst sei stets ein Feind aller Preßverfolgungen gewesen und habe niemals eine Stärke der Regierung darin erblicken können, die politischen Gegner in der Kritik der Regierungsmaßregeln mundtodt zu machen. — Die ostpreußische Landwirthschaftskammer hat in ihrer letzten Versammlung einen Antrag angenommen, dahin zu wirken, daß die **Bahnhofswirthe** veranlaßt werden sollen, nur Naturbutter bei ihren Speisen zu verwenden, oder zum wenigsten dahin angehalten werden, den etwaigen **Gebrauch von Margarine** dem Publikum durch Anschlag bekannt zu machen und in diesem Falle entsprechend den Preis herabzusetzen. Bekanntlich haben bereits mehrere Eisenbahndirektionen an die Bahnhofswirthe die Aufforderung ergehen lassen, bei Bestreichen der Brödchen mit Margarine billigere Preise für dieselben zu fordern. — In **Stuttgart** hat, der „Frankf. Ztg.“ zufolge, der Ausschuß der dortigen Börse beschlossen, vorläufig **Börsennotirungen** nicht zu veröffentlichen. — Zu dem **Zweikampf** zwischen dem Legationssekretär von Wangenheim und dem Grafen Uexküll in der Weihnachtswoche schreibt der „Würtemberger Staatsanzeiger“: In einzelnen Blättern findet sich die Mittheilung, es sei in dem vielbesprochenen im vorigen Monat stattgehabten Duell ein am Thatort erschienener Landjäger bei dem Versuch, den Zweikampf zu verhindern, von den bei demselben anwesend gewesenen höheren Offizieren mit dem Bemerken zurückgewiesen worden, daß sie die Verantwortung für das Geschehene übernehmen. Diese Mittheilung entbehrt nach dem Ergebniß der angestellten amtlichen Erhebungen jeder thatsächlichen Grundlage. — Die Stadtverordneten-Versammlung zu Frankfurt a. M. sprach sich im Interesse der Stadt entschieden gegen den Antrag Ring betr. **Beschränkung der Vieheinfuhr** aus und ersuchte den Magistrat, dem Beschlusse beizutreten und bei der Regierung und dem Landtage vorstellig zu werden.

Berlin, 20. Januar. Der Antrag, welcher von nationalliberaler Seite zur zweiten Lesung des Reichsschatzamtsetats im Reichstage eingebracht war und die schon seit Jahren geforderte Aenderung in der Handhabung des Zolltarifs behandelte, hat endlich einmal die Bahn verlassen, auf welcher alle bisherigen derartigen Anträge verharrten und auf welcher keiner derselben zum Ziele gelangt war, die Bahn der Neuregelung von Seiten des Reichs. Die bisherigen Anträge und auch noch die dem Reichstage in der laufenden Tagung von den verschiedensten wirthschaftlichen Korporationen zugegangenen Eingaben bezogen sich stets entweder auf die Errichtung eines Reichs-Zolltarifamtes oder auf die Einführung eines Rechtsweges in Zollstreitsachen. Beiden Wünschen stand der Umstand hinderlich im Wege, daß die Zollverwaltung und Zollerhebung nach der Verfassung Sache der Einzelstaaten sind, daß für die Berücksichtigung der Wünsche die Aufgabe der einzelstaatlichen Kompetenz auf diesem Gebiete Voraussetzung war, und daß diese Voraussetzung nicht erlangt werden konnte. Der neueste nationalliberale Antrag hat den Weg der reichsgesetzlichen Regelung verlassen und sich auf den der landesgesetzlichen begeben. Er will in jedem Einzelstaate eine Behörde eingesetzt haben, welcher die Befugniß der entscheidenden Tarifsklassifikation gegeben wird und die Auskünfte ertheilen muß und will ferner, daß Beschwerden wegen unrichtiger Anwendung des Zolltarifs einem verwaltungsgerichtlichen oder schiedsgerichtlichen Verfahren unterworfen werden, bei welchem auch waarenkundige Sachverständige mitwirken. Ob sich für diese Regelung in den Einzelstaaten Sympathie finden wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls hat der Antrag die Klippe, an der bisher alle Versuche zur Abstellung der unleugbaren Mißstände scheiterten, vermieden und deshalb gerade wird er von allen Gewerbe- und Handeltreibenden mit Freude begrüßt werden können. Der Mißstand, daß von verschiedenen Hauptzollämtern für dieselbe Waare verschiedene Zölle erhoben werden, würde allerdings dadurch nicht beseitigt werden.

— Wie das neueste Petitionsverzeichniß des Reichstages ergiebt, sind dem letzteren bereits einige Eingaben auf Versetzung verschiedener Orte in höhere Servisklassen zugegangen. Weitere und auch solche, welche sich auf eine Aenderung der Klasseneintheilung der Orte beziehen, werden folgen, weil, wie bekannt, durch den dem Bundesrathe bereits vorliegenden Gesetzentwurf eine Aenderung der Quartierleistungsverhältnisse herbeigeführt werden soll. Die bestehende Eintheilung der Servisklassen sowohl wie der Ortsklassen datirt aus dem Jahre 1878. Damals ist die einzige, inzwischen erfolgte Umgestaltung beider Eintheilungen vorgenommen und zwar bei den Servisklassen auch so, daß die äußere Anordnung übersichtlicher gestaltet wurde. Beide veränderte Eintheilungen sind dann am 1. April 1879 in Kraft getreten und bis heute, also nahezu 18 Jahre, in Kraft geblieben. Es ist zweifellos, daß sich in der Zwischenzeit in den verschiedensten Orten die Verhältnisse, die für die Quartierleistungen in Betracht kommen, geändert haben. Als jedoch in der Reichstagstagung von 1885/86 der Versuch gemacht wurde, auf Grund der damals schon veränderten Verhältnisse eine Modifikation des Quartierleistungsgesetzes herbeizuführen, hatte man die Absicht, an eine Aenderung des Servistarifs heranzugehen, noch nicht. Damals handelte es sich bloß um eine andere Klasseneintheilung der Orte, der Servistarif war unberücksichtigt geblieben, weil noch nicht genügende Erfahrungen über die Wirkungen desselben vorlagen. Ob der jetzt dem Bundesrathe vorliegende Gesetzentwurf auch den Servistarif berücksichtigt, weiß man bisher sicher nicht, indessen ist anzunehmen, daß dies der Fall sein wird. Es haben inzwischen über die Wirkungen des Servistarifs von 1878 soviel Erfahrungen gesammelt werden können, daß auf Grund derselben wohl an eine Umgestaltung des Tarifs herangegangen werden kann.

— Allerlei Gedanken werden den „Hamb. Nachr.“ mitgetheilt. Man liest dort:

Man wundert sich, daß unter den elsässischen Honoratioren eine deutsche Gesinnung von Hause aus nicht vorhanden ist und auch keine Fortschritte macht. Dabei wird die Thatsache übersehen, daß bisher im Elsaß die Sprache der gebildeten Leute die französische war und daß das Deutsch, was dort gesprochen wird, kein kritikfreies ist. Es hat sich in Folge dessen allmälig die Empfindung herausgebildet, daß es vornehmer sei, französisch zu sprechen, ähnlich wie beispielsweise in den baltischen Provinzen die Sprache des gemeinen Mannes esthnisch und lettisch, die des Adels und des gebildeten Städters deutsch ist. Wer dort Deutsch lernt, geht damit in eine etwas höhere gesellschaftliche Klasse über; er wird vom Letten zum Kurländer. So ähnlich wird sich die Empfindungsweise der verschiedenen Bevölkerungsklassen in den Reichslanden ausgebildet haben; man gehört dort zur höheren Gesellschaft, wenn man französisch spricht, ganz abgesehen von dem Antheile, den man sich als Franzose an dem Glanze von Paris und an der französischen Vorgeschichte beilegt. Es ist für den ersten Eindruck der geläufig französisch sprechenden und durch die chemin de fer de Mulhouse mit Paris verbundenen elsässischen Notabeln ein Herabsteigen in die kontribuable Masse, wenn sie sich die deutsche Sprache angewöhnen. Es macht ihnen vielleicht einen ähnlichen Eindruck, wie ihn der kurländische Adel empfangen würde, wenn man ihn veranlassen wollte, sich der lettischen Sprache amtlich oder gesellschaftlich zu bedienen. Das elsässer „Dütsch“ hat allmälig für die reichsländischen Honoratioren dieselbe Stelle eingenommen wie das Lettische für den baltischen Adel und die höheren Stadtbewohner.

Wir glauben, daß in diesem psychologischen Moment, dessen Beseitigung nicht leicht ist, eine der Schwierigkeiten der Regermanisirung des Landes liegt. Die Forderung hochdeutschen Unterrichts in den Schulen dürfte eine Gegenwirkung in sich tragen, aber so sehr schnell wird aus den höheren Kreisen des Elsaß der Eindruck nicht schwinden, daß französisch „vornehmer“ sei als „dütsch“.

— Wie aus London telegraphirt wird, hat die zum Studium der technischen Ausbildung nach Deutschland entsandte englische Kommission einen Bericht veröffentlicht, in dem es heißt, es bestehe kein Zweifel, daß in gewissen Industrien die britische Ueberlegenheit ernstlich gefährdet werde, indem Deutschland gewaltige Fortschritte mache, besonders in den Industriezweigen, in denen es eines größeren chemischen oder technischen Wissens bedürfe. In dem Bericht der Kommission wird auf die Bemühungen des Staates und der Gemeinden hingewiesen, die Schulen zu vermehren und zu heben und sie mit dem modernsten und besten Lehrapparat auszustatten. Auch wird bemerkt, daß das Gesetz, durch welches man hoffte, die englischen Waaren zu schützen, eine starke Waffe gegen England geworden ist. Dann werden rühmend die Anlage von Sekundärbahnen und die geringen Bahntarifsätze hervorgehoben.

— Der Abgeordnete Dr. Pachnicke hat, unterstützt von der freisinnigen Vereinigung, nachfolgenden Antrag im Reichstage eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß 1. unter thunlichster Ermäßigung der Tarifsätze eine Vereinfachung des Tarifsystems für den Personenverkehr stattfindet; 2. daß unter Aufhebung des Freigepäcks eine Ermäßigung und Vereinfachung des Gepäcktarifs eintritt.“ Der Antrag hat die Form einer Etatsresolution und wird bereits in den nächsten Tagen im Anschluß an den Etat des Reichseisenbahnamtes zur Verhandlung gelangen. Nach den Erlärungen, die gestern im Auftrage des Eisenbahnministers, Herrn Thielen, in der Budgetkommission abgegeben worden sind, ist derselbe einer Tarifreform prinzipiell nicht abgeneigt und hält nur den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für geeignet. Thatsächlich kann es aber keinen geeigneteren Zeitpunkt, um die Tariffragen wieder aufzunehmen, geben, als der jetzige ist. Denn das Reich wie die Einzelstaaten befinden sich in einer Periode steigender Ueberschüsse. Im Jahre 1891 hatte die Budgetkommission des Reichstags einen ähnlichen Antrag mit großer Mehrheit angenommen, der im Plenum nur mit Rücksicht auf die damalige Geschäftslage nicht zur Erledigung kam. Diesmal wird indeß ein Plenarbeschluß herbeigeführt werden. Die Mehrheit für den Antrag scheint gesichert.

Dresden, 19. Januar. Der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen, Graf Goluchowski, ist heute Abend 9½ Uhr aus Berlin hier eingetroffen und wurde vom hiesigen österreichisch-ungarischen Gesandten, Graf Lützow, und dem Gesandtschaftspersonal auf dem Bahnhofe empfangen, von wo sich derselbe in die Wohnung des Gesandten begab.

Belgien.

Brüssel, 19. Januar. Das Antwerpener Blatt „Metropole“ meldet auf Grund von Mittheilungen seines Korrespondenten, den es als gewöhnlich gut unterrichtet bezeichnet, aus Brüssel, Baron d'Hanis sei auf dem Wege nach dem oberen Nil in einen Hinterhalt gefallen und mit 21 seiner Begleiter von den Mahdisten ermordet worden. Die Nachricht dürfte mit allem Vorbehalt aufzunehmen sein.

Frankreich.

Paris, 19. Januar. Die Deputirtenkammer begann heute die Berathung über den Zuckersteuergesetzentwurf. Die Abgeordneten Lepez und Rose bestehen darauf, daß die Einführung von Ausfuhrprämien nothwendig sei, um die französische Zuckerindustrie gegen den deutschen Wettbewerb zu vertheidigen. Der Abgeordnete Siegfried hält die geforderte Prämie für zu hoch. Ein besseres Mittel zur Steigerung des Inlandskonsums würde eine Herabsetzung der Zuckersteuer sein; die Vorlage würde nur den Besitzern der großen Zuckerlager zu Gute kommen. Abgeordneter Ribot wendet sich gegen die Ausführungen Siegfried's und wünscht die Einführung von Prämien zur Entwickelung der Ausfuhr. Weiterberathung Donnerstag.

Italien.

Rom, 19. Januar. Die „Agenzia Stefani“ erklärt das Gerücht über einen Pestfall in Massowah für absolut falsch.

Rom, 19. Januar. Auf der hiesigen deutschen Botschaft fand heute ein größeres Gastmahl statt, an welchem unter Anderen der Ministerpräsident di Rudini nebst Gemahlin, der Unterstaatssekretär Graf Bonin, der Palastpräfekt Graf Gianotti nebst Gemahlin, die Senatoren Fürst Camporeale und Fürst Caracciolo, der österreichisch-ungarische Botschafter Freiherr Pasetti von Friedenburg, sowie der belgische und der niederländische Gesandte theilnahmen.

Spanien und Portugal.

Madrid, 19. Januar. Nach einer Drahtung aus Havanna griff eine Bande in dem Weichbild von Havanna einen Eisenbahnzug an, plünderten die Reisenden und nahm 10 Offiziere fest, von denen neun wieder freigelassen wurden. Der zehnte wurde erschossen, weil er aus Kuba gebürtig war. Der „Imparcal“ macht dem General Weyler wegen des Vorfalles, der sich vor den Thoren Havannas ereignete, heftige Vorwürfe.

England.

London, 19. Januar. Oberhaus. Das Haus begann die Adreßdebatte. Im Laufe der Berathung erklärte Salisbury, er könne nicht sagen, daß alle Mächte sich verpflichteten, einen Druck auf den Sultan zum Zwecke der Rettung des ottomanischen Reiches auszuüben, doch werde der dem Hause vorgelegte Schriftwechsel darthun, daß die Mächte übereinstimmten in Bezug auf die Nothwendigkeit, gemeinschaftlich vorzugehen und Mittel zu finden, um das Reich des Sultans zu retten. Es sei möglich, daß ein entschiedener Druck zur Anwendung gelangen müsse; es beständen indessen geringe Verschiedenheiten in dem Wortlaute, in welchem die Anschauungen der einzelnen Mächte zum Ausdruck gelangten. Seine eigene Ueberzeugung gehe bestimmt dahin, daß, wenn nicht eine Reihe von wesentlichen Reformen zur Annahme komme, der Untergang des türkischen Reiches nicht sehr lange hinausgeschoben werden könne. Alle Mächte seien überzeugt, daß, wenn nicht allgemeine und wirksame Reformen in die gegenwärtige maßlose Autokratie in der Türkei eingeführt würden, die schlimmsten Folgen sich ergeben müssen. Bezüglich der egyptischen Frage führte der Ministerpräsident aus, er könne nicht sagen, welches die militärischen Pläne im Sudan seien, weil dann der Khalif von den bestehenden Absichten Kenntniß haben würde; doch wiederhole er, was er im vorigen Sommer gesagt habe: daß es nöthig sei, Dongola zu besetzen, weil Dongola an der Straße nach Khartum liege. Mit Bezug auf den Schiedsgerichtsvertrag mit den Vereinigten Staaten von Amerika erklärte der Redner, er könne nicht sagen, daß der Vertrag jeden Krieg beseitigen werde, doch werde durch denselben die Gefahr eines Krieges vermindert. Er sage nicht, daß ein solcher Vertrag einen Napoleon oder einen Bismarck hemmen würde, doch werde er dazu beitragen, kleinere Streitpunkte zum Austrage zu bringen und richterlichen Schiedsspruch an die Stelle der rohen Entscheidung durch das Schwert zu setzen.

London, 19. Januar. Dillon wurde als Präsident der irischen Partei im Unterhause wiedergewählt.

Schweden und Norwegen.

Der schwedische Reichstag wurde gestern vom König Oskar mit einer Thronrede eröffnet, in welcher zunächst die freundschaftlichen Beziehungen Schwedens zu dem Auslande hervorgehoben und entgegengesetzte Behauptungen, welche auch außerhalb der Landesgrenzen gemacht worden seien, bedauert werden. Die Welt müsse wissen, daß Schwedens Freiheit des Handelns durch kein Band beschränkt sei und daß Schweden seine uralte Freiheit und Selbstständigkeit liebe. Die Bewilligungen für das Heer, die der König als nothwendig begehren müsse, sowie die früheren, vom Reichstage bewilligten Forderungen des Königs für das Heer hätten immer nur die Sicherung der nationalen Vertheidigungsmittel und der Aufrechterhaltung der Neutralität zum Zweck gehabt. Ferner spricht der König in der Thronrede seine Befriedigung darüber aus, daß seine Mitwirkung als Schiedsrichter bei eventuellen Streitfällen zwischen England und den Vereinigten Staaten von Amerika gewünscht worden sei. Schließlich erwähnt die Thronrede, daß eine

günstige Ernte und günstige Konjunkturen den Wohlstand des Landes erhöht und die Staatseinnahmen vermehrt haben. Die vom Reichstage im Jahre 1892 bewilligte Heeresorganisation werde in diesem Jahre vollendet werden; der König gedenke daher, die Bewilligung der Mittel zur versuchsweisen Mobilisirung eines Armeekorps zu beantragen. Endlich kündigt die Thronrede den Weiterbau der nördlichen Staatsbahn in der Richtung der finnischen Grenze an.

Das dem Reichstage vorgelegte Budget weist an Ausgaben 119 Millionen Kronen, d. i. 7½ Millionen Kronen mehr auf als das vorjährige Budget. Die Einnahmen sind auf 102 Millionen Kronen veranschlagt. Das Defizit wird durch den Ueberschuß früherer Jahre (14 Millionen) und durch den Ueberschuß der Reichsbank (3 Millionen) gedeckt. Das Heeresbudget ist mit 33½ Millionen (gegen das vorjährige Budget um 3¼ Millionen höher), das Marinebudget mit 14 Millionen (1 Million höher) bedacht. Die Erhöhung des Budgets ist hauptsächlich durch Forderungen für Beschaffung von Gewehren, für die Befestigungen von Gothenburg, von Ober-Norrland bei dem Bahnknotenpunkt Boden, von Vaxholm und von Oscar-Frederiksborg, ferner durch Forderungen für die Intendantur und für die Beschaffung von Mobilisirungs-Ammunition verursacht.

Die schwedischen Mitglieder des schwedisch-norwegischen Unions-Komitees sind der Professor Trygger und der Hardesvogt Restadius.

Rußland.

Petersburg, 19. Januar. Da bisher die den Arbeitern gelegentlich des Ausstandes im vergangenen Sommer gegebenen Zusicherungen über die Festsetzung der Arbeitszeit nicht verwirklicht worden sind, traten mit Eintritt des Winters in mehreren Fabrikbezirken neue Gährungen unter der Arbeiterbevölkerung auf, und es wurden Aufrufe zur Arbeitseinstellung vertheilt. An verschiedene Fabrikinspektoren und höhere Polizeibeamte gelangten Zuschriften, in denen an die Erfüllung der gegebenen Versprechungen erinnert wird. Zur Zeit haben in mehreren Fabriken in Petersburg und im Innern des Landes wieder Arbeitseinstellungen begonnen. Wie verlautet, hat nun eine Regierungs-Kommission ein Statut ausgearbeitet, welches die Arbeitszeit am Tage auf 10½, 11½ und 12½ Stunden und für die Nacht auf 9 Stunden in ganz Rußland festsetzt.

Zur Arbeiterbewegung.

Waldenburg, 19. Januar. Seit Freitag streiken in Tannhausen 150 Weber der M. Kaufmannschen Fabrik. Sie verlangten vom Direktor besseres Garn und Abschaffung des Prämiensystems. An Stelle der Prämien verlangen die Weber Lohnerhöhung. Bezüglich des Prämiensystems erhält jeder Weber, wenn er in 4 Wochen 30 Mark verdient, eine Prämie von 13 Mark, wer weniger verdient, erhält eine geringe Prämie. Dieses Prämiensystem ist bei Errichtung der Fabrik eingeführt worden, um die Weber zu größerem Fleiße anzuspornen.

Köln, 19. Januar. Die „Köln. Ztg." verweist auf die angebliche Gefahr der in Hamburg erfolgten Gründung von zentralisirten sozialistischen Gewerkschaften der Eisenarbeiter Deutschlands, einer Schöpfung, die nach Ausspruch der sozialistischen Werkführer bei Riesenausständen und bei Ausbruch eines Krieges die Entscheidung geben solle. Das Blatt meint, man habe es da mit einer Gefahr für den Staat zu thun, die ernsthafte Beachtung erheische.

London, 16. Januar. Der Londoner Gewerkrath, die Spitze der Gewerkvereine der Hauptstadt, hat sich gegen allgemeine zwangsweise Unfallversicherung, die an Stelle der Haftpflicht der Arbeitgeber treten soll, ausgesprochen. Niemand hat das eigentlich anders erwartet. Die jetzige Regierung wäre nicht abgeneigt, Deutschland wenigstens in der Unfallversicherung zum Muster zu nehmen. Die englischen Gewerkvereine, die an Zahl im Vergleich zum gesamten Arbeiterstande durchaus nicht einen großen Prozentsatz bilden, aber vortrefflich gegliedert sind, möchten dem Arbeitgeber die alleinige Verantwortung und Zahlung aufbürden. Der Vorsitzende des Gewerkraths, Macdonald, gestand in seiner Rede, daß nicht wenige seiner Freunde dem deutschen System geneigt wären. Man habe ihn beschuldigt, er kenne das deutsche und österreichische Unfallversicherungsgesetz nicht. Das sei nicht der Fall. Die deutschen Arbeiter selber hätten ihm die nöthigen Mittheilungen zukommen lassen. Auch der Bericht des amerikanischen Arbeitsdepartements vom Jahre 1893 habe ihm Aufklärung verschafft. In diesem Berichte heiße es, daß sich die Zahl der Unfälle seit dem Inkrafttreten des Gesetzes vermehrt habe. Dr. Bödiker erkläre freilich, daß die Vermehrung nur scheinbar sei, früher sei eine große Anzahl von Unfällen nicht an die Oeffentlichkeit gedrungen. Der Vater liebe natürlich sein Kind. Dr. Bödiker habe sich schon früher ähnlich ausgesprochen, sei aber vom amerikanischen Arbeitsdepartement widerlegt worden. Der englische Arbeiter wünsche nicht Schadenersatz, sondern Verhütung von Unfällen. Die Frage der Pflicht der Arbeitgeber, Unfälle möglichst zu verhüten, dürfe mit der Frage der allgemeinen Entschädigung für unverhütbare Unfälle nicht vermischt werden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 20. Januar. Im Monat Dezember betrug im Ober-Post-Direktionsbezirk Stettin die Einnahme an Wechselstempelsteuer 9947,60 Mark, dazu die Einnahmen aus den Vormonaten seit April v. J. mit 68 430,10 Mark, ergiebt zusammen 78 377,70 Mark, oder 9143,10 Mark mehr als in demselben Zeitraum des Vorjahres.

— Wir erhalten folgende Zuschrift: Wie der hiesige Personen-Bahnhof der Vergrößerung dringend bedarf und daran fortgesetzt nach Möglichkeit gearbeitet wird, so ist auch eine Vergrößerung des Zentral-Güterbahnhofs eine gleiche Nothwendigkeit, denn die Räumlichkeiten daselbst erweisen sich als nicht minder beschränkt, und bei großem Andrang, besonders bei den regelmäßig wiederkehrenden großen Truppenbewegungen ist der dortige Verkehr fast gefährlich zu nennen. Von der Bahnverwaltung wird zwar schon oberhalb des sogenannten Kanonengrabens eine Vergrößerung durch Aufschüttungen versucht, ob dieser Platz aber praktisch liegt, ist mindestens zweifelhaft. Wir möchten auf ein Projekt hinweisen, welches eine wesentliche, selbst dem größten Verkehr genügende Erweiterung des Güterbahnhofes zur Folge haben würde, und dies bestände darin, daß die kgl. Bahndirektion den Güterbahnhof bis zur Alt-Dammer-Chaussee hin ausdehnte. An der Altdammerstraße von der Auffahrt zum Güterbahnhofe bis zu den der Bahn gehörigen Wiesen liegen allerdings 23 Morgen Terrain, welche 8 Eigenthümern gehören und auf denen zum Theil Baulichkeiten aufgeführt sind, der Erwerb dieses Terrains ließe sich gerade gegenwärtig ohne allzu erhebliche Kosten vornehmen und die auf demselben stehenden Baulichkeiten könnten fast unverändert im Interesse der Bahn Verwendung finden. Eine gänzliche Zuschüttung des Kanonengrabens würde der Gesamtanlage nur zum Vortheile gereichen. Eine weitere Ausdehnung wäre dann noch bis zum Vorfluth-Kanal möglich, denn bis dorthin erstrecken sich die Eisenbahnwiesen, und das an diesem Kanal anzukaufende Terrain wäre sicher nicht sehr kostspielig, denn es befinden sich darunter 8 Morgen, welche der Armen-Direktion gehören und gegenwärtig nur als Schuttabladeplatz benutzt werden.

— (Personal-Veränderungen im Bereiche des 2. Armeekorps.) Brendel, Sekonde-Lieutenant vom Infanterie-Regiment Prinz Moritz von Anhalt-Dessau (5. pomm.) Nr. 42, in das Infanterie-Regiment Nr. 144, v. Vietinghoff, gen. Scheel, Sekonde-Lieutenant vom Infanterie-Regiment Prinz Moritz von Anhalt-Dessau (5. pomm.) Nr. 42, in das Infanterie-Regiment Nr. 97 — versetzt. Viereck, Premier-Lieutenant vom Infanterie-Regiment Prinz Moritz von Anhalt-Dessau (5. pomm.) Nr. 42, als halbinvalide mit Pension ausgeschieden und zu den Offizieren der Landwehr-Infanterie 2. Aufgebots übergetreten. Krombach, Portepee-Fähnrich vom Infanterie-Regiment von Borcke (4. pomm.) Nr. 21, zur Reserve entlassen.

— Die veränderten Abzeichen (Achselklappen, Aufschläge, Paspeln u. s. w.), die demnächst in der Armee zur Einführung gelangen sollen, werden beim Lehr-Infanterie-Bataillon in Potsdam bereits versuchsweise getragen. Diese neuen Abzeichen ermöglichen es, nicht nur wie bisher, sofort zu erkennen, welchem Regiment und welcher Kompagnie, sondern auch welchem Armeekorps, welcher Division und welcher Brigade ihr Träger angehört.

— Einem Schreiben aus Buenos-Ayres zufolge ist gegen Mitte Oktober v. J. der angeblich aus Stralsund gebürtige deutsche Ingenieur Ernst Eduard Goltz in Pampa Blanca, Provinz Jujuy (Argentinien), wohin er sich von Bolivien aus begeben haben soll, von einem Polizeisoldaten durch einen Karabinerschuß getödtet worden. Der Thäter ist verhaftet worden und es steht zu erwarten, daß er nach der Schwere der That bestraft werden wird.

— Das Winterfest des Stettiner Grundbesitzer-Vereins war wieder sehr stark besucht. Die Kapelle des hiesigen Feldartillerieregimentes, welche unter persönlicher Leitung ihres Dirigenten Herrn Unger konzertirte, leistete recht Hervorragendes; wir heben nur das Konzert für Violine von Beriot hervor, welches Herr Hubrig meisterhaft zum Vortrag brachte. Aber auch die Serenade von Czibulka, die Ouverturen zum „Freischütz", zum „Tell" 2c. wurden vortrefflich gespielt. Für den gesanglichen Theil des Konzertes hatte sich in anerkennenswerther Bereitwilligkeit Fräulein Klimes zur Verfügung gestellt, welche mit ihrer frischen Stimme und dem ihr eigenen natürlichen und liebenswürdigen Vortrag, welchen sie namentlich in den neckischen und komischen Liedern so schön zur Geltung zu bringen weiß, sich reichen Beifall ersang. In der Pause nach dem Konzert fand ein zwangloses gemeinschaftliches Abendessen statt, bei dem Hochs auf Seine Majestät den Kaiser, auf den Stettiner Grundbesitzerverein und auf die Damen des Vereins ausgebracht wurden. Ein Tanz, der bis Morgens 4 Uhr dauerte, machte den würdigen Beschluß des diesjährigen Festes.

* Auf der Altdammer Chaussee wurden gestern Nachmittag mehrere Kellner von Strolchen belästigt und es entspann sich schließlich eine Schlägerei, bei welcher der Kellner Meyer einen Messerstich in die Brust erhielt. Der Verletzte wurde zunächst von den Freunden nach seiner in der Bogislavstraße belegenen Wohnung gebracht, heute Vormittag erfolgte jedoch die Ueberführung in das städtische Krankenhaus, da die Wunde sich als gefährlich erwies. Der Stich soll die Lunge verletzt haben.

— Die vortheilhaft bekannte Gesanglehrerin und Opernsängerin Frau Helene Faltus veranstaltet am Freitag im Saale der Abendhalle ein Schülerkonzert, dessen Programm überaus reichhaltig ist; Solis, Duette, Quartette und Frauenchöre wechseln ab und versprechen eine anregende Unterhaltung.

— Das Lustspiel „Renaissance", welches morgen Donnerstag im Bellevue-Theater zur ersten Aufführung gelangt, ist in Versen geschrieben, in den Hauptrollen sind die Damen Frls. Seldburg und Petersen und die Herren Werthmann, Picha und Kienscherf beschäftigt. Freitag wird das Lustspiel wiederholt und Sonnabend wird auf Verlangen nochmals die Posse „Lehmann auf der Weltausstellung" bei kleinen Preisen gegeben.

* Auf dem heutigen Wochenmarkte wurden für Fleisch folgende Preise erzielt: Rindfleisch: Keule 1,40, Filet 1,60, Vorderfleisch 1,20 Mark, Schweinefleisch: Kotelettes 1,40, Schinken 1,30, Bauch 1,20 Mark; Kalbfleisch: Kotelettes 1,60, Keule 1,50, Vorderviertel 1,20 Mark; Hammelfleisch: Kotelettes 1,40, Keule 1,30, Vorderfleisch 1,10 Mark; geräucherter Speck 1,60 Mark per Kilo. Geringere Fleischsorten waren 10—20 Pf. billiger.

Aus den Provinzen.

† **Prenzlau**, 19. Januar. Gegenwärtig ist hierselbst eine Petition an den Herrn Eisenbahnminister in Umlauf, in welcher gebeten wird, daß der vom 1. Mai 1897 ab zwischen Berlin und Krampas-Saßnitz kursirende Schnellzug, welcher weiter direkte Verbindung nach Schweden haben und Abends 7 Uhr 12 Minuten aus Berlin abgelassen werden soll, sowohl in der Richtung Berlin-Krampas-Saßnitz, wie umgekehrt Abends 8 Uhr 52 Min. und Abends 7 Uhr 3 Minuten in Prenzlau hält und Personen befördert.

§ **Greifswald**, 19. Januar. Rektor und Senat der hiesigen Universität haben an das Abgeordnetenhaus eine Petition betr. die Professoren-Besoldungen gerichtet, in welchem in allen wesentlichen Punkten Anschluß an die Petition des akademischen Senats zu Halle erklärt, insbesondere aber hervorgehoben wird, daß die Petenten in dem Etatsentwurf von 1897—98 namentlich drei dort vorgesehene Punkte, nämlich 1. die Bestimmung der Höhe der Gehälter nach dem Ermessen der kgl. Staatsregierung, 2. die Uebertragbarkeit der Professoren-Besoldungen von einer Universität auf die andere, 3. die beliebige Verwendung der geplanten Honorarabzüge — die doch nur der betreffenden Universität selbst sachlich oder persönlich zu Gute kommen sollten — als verhängnißvolle Gefahren für das Gedeihen und die freie Entwickelung der preußischen Hochschulen ansehen.

(:) **Kolberg**, 19. Januar. In Stöckow brannte, wie s. Z. gemeldet, am 6. Januar die Schulscheune sowie ein Familienhaus des Bauerhofsbesitzers Rehfeld nieder. Heute hat sich nun der Knecht Johann Bartz freiwillig der Behörde gestellt und sich als denjenigen bezeichnet, welcher das Feuer angelegt hat. B. hat seit dem Tage des Brandes seinen Dienst in Stöckow verlassen und sich herumgetrieben. Jetzt ist er obdachlos und dies hat ihn bewogen, sich der Behörde zu stellen.

Gerichts-Zeitung.

* **Stettin**, 20. Januar. Die ursprünglich auf den 11. Januar anberaumte Strafsache gegen den Arbeiter Hermann May aus Zemlin wegen Sittlichkeitsverbrechens kam gestern vor dem hiesigen Schwurgericht zur Verhandlung. Der Angeklagte, welcher zum ersten Termin nicht erschienen war, wurde dem Gericht vorgeführt. Die Geschworenen sprachen M. unter Annahme mildernder Umstände schuldig und wurde derselbe zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt.

Kiel, 19. Januar. Die hiesige Strafkammer verurtheilte den verantwortlichen Redakteur der sozialdemokratischen „Volkszeitung" Lütjens wegen Beleidigung des preußischen Offizierkorps in einem Artikel über den Fall Brüsewitz zu einmonatlichem Gefängniß. Der Staatsanwalt hatte vier Monate beantragt. Der Kriegsminister von Goßler hatte den Strafantrag gestellt.

Vermischte Nachrichten.

— (Vom Londoner Magen.) London verbraucht im Jahre etwa 177 000 000 Gallonen britisches Bier, also 485 000 Gallonen täglich. Wenn man all das Bier in ein einziges Faß thun wollte, so müßte das letztere sechsundsiebzig Fuß lang sein und sechsunddreißig Fuß im Durchmesser haben. Weine werden in der britischen Hauptstadt 5500 Gallonen täglich konsumirt und starke Spirituosen 16 000 Gallonen. Der jährliche Theeverbrauch ist in London ungeheuer, nämlich 33 000 000 Pfund oder 90 000 Pfund täglich, gegen 112 000 Pfund Kaffee und 8800 Pfund Kakao täglich.

Schiffsnachrichten.

Wien, 19. Januar. Die Kindergärtnerin Hermine Vogler, welche heute früh aus Berlin ankam, erschien Mittags bei der Polizei mit der Bitte, sie auf die psychiatrische Klinik zu schaffen, da sie in Folge heftiger Magnetisirungen an Sinnestäuschungen leide. Das Mädchen wurde in Berlin an einer langen Reihe von Abenden bei spiritistischen Seancen magnetisirt. Sie wurde nach der Irrenabtheilung geschafft.

Rom, 19. Januar. In Turin hat der Oberstlieutenant Adami im Gerichtsgebäude, wo seine Ehescheidung stattfinden sollte, seine Gattin erschossen.

Hamburg, 19. Januar. Das englische Segelschiff „W. J. Pirrie", ein Viermaster, ist heute Morgen im Hansahafen eingetroffen. Der Segler, welcher von Kalkutta kam und am 14. Januar vor Kuxhaven vor Anker ging, hat einen Todten und sieben bedenklich Erkrankte an Bord. Die bevorstehende Ankunft des Schiffes war bereits gestern aus Kuxhaven gemeldet worden. Es wurde daher die Quarantäne im Hansahafen angeordnet. Wie verlautet, hat die Untersuchung ergeben, daß keine ansteckende Krankheit an Bord herrscht. In Folge dessen soll das Schiff freigegeben sein.

Hamburg, 19. Januar. Im Hafen kollidirte heute der englische Dampfer „Nigel" mit dem englischen Vollschiff „Poseidon". Beide Schiffe sind nicht sehr erheblich beschädigt. — Ferner kollidirte der schwedische Dampfer „Frans" mit dem englischen Viermaster „Pirrie". Ersterer lief dann gegen einen Zollponton und beschädigte dieses erheblich. Auch „Frans" litt bedeutend.

Bremen, 19. Januar. Der Bremer Viermaster „Altair", von San Francisco mit einer Ladung von über 3000 Tons Getreide nach Hull bestimmt, ist in der Humbermündung gestrandet. Um das Schiff flott zu machen, wird Ladung über Bord geworfen.

Bankwesen.

Berlin, 19. Januar. Wochen-Uebersicht der Reichsbank vom 15. Januar 1897 (gegen 7. Januar 1897).

Aktiva.

1) Metallbestand (der Bestand an koursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen) das Pfund fein zu 1392 M. berechnet M. 856 608 000, Zunahme 31 893 000.
2) Bestand an Reichskassenscheinen M. 19 300 000, Zunahme 1 923 000.
3) Bestand an Noten and. Bank. M. 14 077 000, Zunahme 2 181 000.
4) Bestand an Wechseln M. 619 238 000, Abnahme 72 560 000.
5) Bestand an Lombardfordrg. M. 123 413 000, Abnahme 37 946 000.
6) Bestand an Effekten M. 6 156 000, Abnahme 95 000.
7) Bestand an sonst. Aktiven M. 59 592 000, Zunahme 466 000.

Passiva.

8) Das Grundkapital M. 120 000 000 unverändert.
9) Der Reservefonds M. 30 000 000 unverändert.
10) Der Betr. der umlauf. Not. M. 1 094 754 000, Abnahme 83 928 000.
11) An sonstigen tägl. fälligen Verbindlichkeiten 424 277 000, Zunahme 7 975 000.
12) An sonstigen Passiven M. 29 353 000, Zunahme 1 815 000.

Börsen-Berichte.

Stettin, 20. Januar. Wetter: Bedeckt. Temperatur — 3 Grad. Reaumur, Barometer 772 Millimeter. Wind: N.

Privat-Ermittelung.

Weizen loko 165—168 nom.
Roggen 123 bezahlt.
Hafer 130—133 nom.
Petroleum loko ohne Handel.
Rüböl beh., loko ohne Faß bei Kleinigkeiten 54,25 B., per Januar 55,25 B., per April-Mai 55,50 B.
Spiritus per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 37,4 G. Termine ohne Handel.

Landmarkt.

Weizen 167,00—169,00. Roggen 122. Gerste —. Hafer 134—136. Heu 3,00—3,50. Stroh 30—35. Kartoffeln 48—51 per 24 Zentner.

Berlin, 20. Januar. (Berliner Produktenmarkt. Privat-Ermittelungen.) Weizen per Mai 177,00. Befestigt.
Roggen loko 126,50, bis 127,00, per Mai 129,00, per Juli 129,50. Fest.
Hafer loko 133,00 bis 147,00, per Mai 131,25. Nom. matt.
Rüböl loko m. F. 57,20. Nom. loko o. F. 56,80. Nom.
Amtlich. Januar —,—, Mai 57,10 Besser.
Spiritus amtl. loko 70er 38,80 loko, 50er 58,30. per Mai 43,60, per September 44,60.
Mais loko 97,00 Mai 100,00. Nom.
Petroleum 21,00 Ruhig.

London, 20. Januar. Wetter: Kalt.

Berlin, 20. Januar. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	103,30
do. do. 3½%	103,70
do. do. 3%	98,70
Deutsche Reichsanl. 3%	98 40
Pomm. Pfandbriefe 3½%	100,60
do. do. 3%	94,20
do. Neuländ. Pfdbr. 3½%	100,90
3% neuländ. Pfandbriefe	94 10
Centrallandsch. Pfdbr. 3½%	101 25
do. 3%	93 50
Italienische Rente	91 30
do. 3% Eisenb.-Oblig.	55,30
Ungar. Goldrente	104,00
Rumän. 1881er am. Rente	100,90
Serbische 4% 95er Rente	67 00
Griech. 5% Goldr. v. 1890	28,70
Rum. amort. Rente 4%	89,00
Russ. Boden-Credit 4½%	105,40
do. do. von 1880	102 90
Mexikan. 6% Goldrente	96 80
Oesterr. Banknoten	170 10
Russ. Banknoten Cassa	216 60
do. do. Ultimo	216,50
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	110,00
do. (100) 4%	106 75
do. (100) 4%	101,25
do. unkb. b. 1905 (100) 3½%	100,10
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V—VI. Emission	101,60
Stett. Bul.-Act. Litt. B.	180,00
Stett. Bulc.-Prioritäten	178 50
Stettiner Straßenbahn	104 00
Petersburg kurz	216 20

London kurz	—,—
London lang	—,—
Amsterdam kurz	—,—
Paris kurz	—,—
Belgien kurz	—,—
Berliner Dampfmühlen	119 00
Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	67,50
„Union", Fabrik chem. Produkte	119,10
Varziner Papierfabrik	184,90
4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	102,10
3½% Hamb. Hyp.-Bank unk. b. 1905	101,00
Stett. Stadtanleihe 3½%	100 40

Ultimo-Kourse:

Disconto-Commandit	211,10
Berliner Handels-Gesellsch.	162,90
Oesterr. Credit	235 10
Dynamite Trust	199,80
Bochumer Gußstahlfabrik	166 25
Laurahütte	168,00
Harpener	182,25
Hibernia Bergw.-Gesellsch.	182,10
Dortm. Union St.-Pr. 6%	51,75
Ostpreuß. Südbahn	94,90
Marienburg-Mlawkabahn	93,80
Mainzerbahn	119,00
Norddeutscher Lloyd	113,90
Lombarden	39 50
Franzosen	154 25
Luxemb. Prince-Henribahn	94,90

Tendenz: Fest.

Paris, 19. Januar, Nachm. (Schluß-Kourse.) Ruhig.

	19.	18.
3% amortisirb. Rente	100,65	100,85
3% Rente	102,50	102,42½
Italienische 5% Rente	91 65	91,47½
4% ungar. Goldrente	103,87½	104,00
4% Russen de 1889	—,—	102,70
3% Russen de 1891	93,35	93,10
4% unifiz. Egypten	105,95	—,—
4% Spanier äußere Anleihe	62,25	62,37
Convert. Türken	21,47½	21,50
Türkische Loose	108,50	110,50
4% türk. Pr.-Obligationen	448,00	450,00
Franzosen	780,00	779,00
Lombarden	216,00	—,—
Banque ottomane	560,00	559,00
„ de Paris	835,00	828,00
Debeers	760,00	760,00
Credit foncier	704,00	710,00
Huanchaca	73,00	73,00
Meridional-Aktien	638,00	637,00
Rio Tinto-Aktien	677,50	671,00
Suezkanal-Aktien	3177,00	3197,00
Credit Lyonnais	786,00	785,00
B. de France	3665,00	3680,00
Tabacs Ottom.	342,00	341,00
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	122⁷⁄₁₆	122⁷⁄₁₆
Wechsel auf London kurz	25,20½	25,20½
Cheque auf London	25,22½	25,22½
Wechsel Amsterdam k.	206,50	206,50
„ Wien k.	208,12	208,12
„ Madrid k.	400,00	400,00
„ Italien	4,75	4,75
Robinson-Aktien	215,00	216,00
4% Rumänier	89,50	—,—
5% Rumänier 1892 u. 93	—,—	—,—
Portugiesen	24,68	24,75
Portugiesische Tabaksoblig.	490,00	—,—
4% Russen de 1894	66,45	66,40
Langl. Estat.	109,00	109,00
3½% Russ. Anl.	—,—	100,10
3% Russen (neue)	93,30	93,05
4% Serben	68,30	68,10
Privatdiskont	—,—	—,—

Hamburg, 19. Januar, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Schlußbericht.) Good average Santos per März —,—, per Mai 53,00, per September 53,25, per Dezember 54,50.

Hamburg, 19. Januar, Nachm. 3 Uhr. Zucker. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg per Januar 9,20, per Februar 9,20, per März 9,25, per April 9,30, per Mai 9,37½, per August 9,65. — Kaum behauptet.

Bremen, 19. Januar. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Ruhig. Loko 5,65 B. Russisches Petroleum. Loko —,—. Schmalz ruhig. Wilcox 22¾ Pf., Armour shield 22¾ Pf., Cudahy 24 Pf., Choice Grocery 24 Pf., White label 24 Pf., Fairbanks — Pf. Speck ruhig. Short clair middl. loko 22½ Pf., per Dezember-Januar — Pf.

Amsterdam, 19. Januar. Java-Kaffee good ordinary 51,00.

Amsterdam, 19. Januar, Nachm. Getreidemarkt. Weizen auf Termine fest, per März 200,00, per Mai 199,00. Roggen loko —,—, do. auf Termine beh., per März 110,00, per Mai 111,00, per Juli 109,00. Rüböl loko —,—, per Mai —,—.

Antwerpen, 19. Januar. Getreidemarkt. Weizen behauptet. Roggen fest. Hafer fest. Gerste behauptet.

Antwerpen, 19. Januar, Nachm. 2 Uhr — Minuten. Petroleummarkt. (Schluß-Bericht.) Raffinirtes Type weiß loko 18,25 bez. u. B., per Januar 18,25 B., per Februar 18,50 B., per März —,— B. Ruhig.

Antwerpen, 19. Januar. Schmalz per Januar 52,25. Margarine ruhig.

Paris, 19. Januar, Nachm. Rohzucker (Schlußbericht) ruhig, 88% loko 24,50 bis —,—. Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Januar 26,50, per Februar 26,62, per März-Juni 27,25, per Mai-August 27,62.

Paris, 19. Januar, Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen beh., per Januar 23,00, per Februar 23,15, per März-Juni 23,80, per Mai-August 24,15. Roggen ruhig, per Januar 14,85, per Mai-August 14,75. Mehl fest, per Januar 48,55, per Februar 48,70, per März-Juni 49,20, per Mai-August 49,65. Rüböl beh., per Januar 57,50, per Februar 57,75, per März-April 58,25, per Mai-August 59,25. Spiritus beh., per Januar 32,25, per Februar 32,50, per März-April 33,00, per Mai-August 34,00. — Wetter: Bewölkt.

Havre, 19. Januar, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee Good average Santos per März 64,25, per Mai 64,25, per September 65,50. Ruhig.

London, 19. Januar. Chili-Kupfer 50,50, per drei Monate 51,00.

London, 19. Januar. 96proz. Javazucker 11,25, ruhig. Rüben-Rohzucker loko 9³⁄₁₆, matt. Centrifugal-Kuba —,—.

Glasgow, 19. Januar, Nachm. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 48 Sh. 6½ d. Warrants middlesborough III. 41 Sh. 6 d.

Liverpool, 19. Januar. Getreidemarkt. Weizen, Mais und Mehl unverändert. Wetter: Schön.

Hull, 19. Januar. Getreidemarkt. Weizen unverändert. — Thauwetter.

Glasgow, 16. Januar. Die Vorräthe von Roheisen in den Stores belaufen sich auf 362 962 Tons gegen 347 630 Tons im vorigen Jahre.

Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen beträgt 80 gegen 77 im vorigen Jahre.

Newyork, 19. Januar. Der Werth der in der vergangenen Woche eingeführten Waaren betrug 10 841 001 Dollars, davon für Stoffe 2 672 915 Dollars.

Newyork, 19. Januar, Abends 6 Uhr.

	19.	18.
Baumwolle in Newyork	7,25	7³⁄₁₆
do. in Neworleans	6¹⁵⁄₁₆	6¹⁵⁄₁₆
Petroleum Rohes (in Cases)	6,90	6,90
Standard white in Newyork	6,20	6,20
do. in Philadelphia	6,15	6,15
Pipe line Certificates	80,00	88,00
Schmalz Western steam	4,25	4,27½
do. Rohe und Brothers	4,50	4,55
Zucker Fair refining Moscovados	2¹³⁄₁₆	2¹³⁄₁₆
Weizen kaum stetig.		
Rother Winter- loko	97,00	97,62
per Januar	88,75	89,37
per März	89,75	90,37
per Mai	86,00	86,62
per Juli	82,75	83,25
Kaffee Rio Nr. 7 loko	10,00	10,00
per Februar	9,50	9,50
per April	9,55	9,60
Mehl (Spring-Wheat clears)	3,60	3,60
Mais kaum stetig,		
per Januar	28,50	28,62
per Mai	30,00	30,12
per Juli	31,00	31,12
Kupfer	11,90	11,70
Zinn	13,40	13,40
Getreidefracht nach Liverpool	2,87	2,87

Chicago, 19. Januar.

	19.	18.
Weizen kaum stetig, per Januar	77,12	77,75
per Mai	79,50	80,12
Mais kaum stetig, per Januar	22,12	22,12
Pork per Januar	7,70	7,87½
Speck short clear	4,12½	4,12½

Wasserstand.

* **Stettin**, 20. Januar. Im Revier 5,26 Meter = 16' 9".

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 20. Januar. Die gestrige Erklärung des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe im Abgeordnetenhause wird von verschiedenen Blättern kommentirt. Die „N. A. Z." schreibt, Fürst Hohenlohe habe in der ihm eigenen klaren Weise den Sachverhalt, der dem Verlaufe des Prozesses Leckert-Lützow zu Grunde lag, richtig gestellt. Die „Kreuzztg." zieht aus der Thatsache, daß die Aeußerungen des Reichskanzlers Bravorufe von der linken Seite des Hauses ernteten, den Schluß, daß der Inhalt auf der rechten Seite nicht befriedigen konnte. Es bleibe immer beklagenswerth, daß die Verleumdungen und Quertreibereien zwischen den einzelnen Ressorts lange Zeit hindurch fortgesetzt werden konnten, ohne daß auf dem Verwaltungswege dagegen eingeschritten wurde. Wenn Fürst Hohenlohe mit der Versicherung geschlossen habe, daß im Ministerium Einheit herrsche, so sei er sicherlich von der Richtigkeit seiner Behauptung überzeugt. Andererseits aber werde es schwer sein, die Annahme zu widerlegen, daß jene Einheit nach Außen hin nicht immer deutlich genug in die Erscheinung getreten ist. Die „Nat. Ztg." meint, es werde erfreulich, wenn sich künftig die Uebereinstimmung im Staatsministerium in der praktischen Politik bestätige; eine Thatsache aber bleibe immer, daß die im Prozeß Leckert-Lützow aufgedeckten Zustände sich in einer Zeit entwickelt haben, in der es an der erforderlichen Solidarität der Regierung mangelte. Die „Voss. Z." erklärt, es sei immerhin von großem Werthe, aufs neue aus dem Munde des Reichskanzlers eine Bestätigung dafür zu vernehmen, wie grundlos die Ausstreuungen waren, innerhalb der Regierung herrsche keine Einigkeit. Die „D. Tagesztg." halt die Rede des Fürsten nach mehr als einer Richtung hin für bedenklich. Sie hat die Empfindung, daß die Ueberzeugung des Reichskanzlers von der Uebereinstimmung im Ministerium vielleicht doch nur auf einer unzulänglichen Feststellung und Vergleichung der Grundanschauungen beruht.

— Das Erkenntniß im Prozeß Leckert-Lützow ist gestern in einem 82 Seiten langen Schriftsatze den Verurtheilten zur Rechtfertigung der Revisionsschrift zugegangen.

— Es war aufgefallen, daß die gestrige Vernehmung des Oberstlieutenants Gäde vor dem Untersuchungsrichter in Sachen v. Tausch eine Unterbrechung von mehreren Stunden erfuhr. Dem „Lokal-Anzeiger" wird mitgetheilt, daß beide Herren sich zu einem sehr hochgestellten Beamten begaben, um mit diesem zu konferiren. Der Gegenstand der Unterredung waren Verdächtigungen schwerwiegendster Art, die Tausch dem Oberstlieutenant Gäde gegenüber über die betreffende Persönlichkeit gemacht hatte. Mit der Angelegenheit Kukutsch hatte die gestrige Vernehmung nichts zu thun, da dieselbe erst nach Abschluß der Affaire Tausch eingeleitet werden soll.

Paris, 20. Januar. In hiesigen diplomatischen Kreisen findet die Nachricht der „Frankf. Ztg.", der zufolge Baron Mohrenheim durch Nelidow ersetzt werden soll, keinen Glauben.

Paris, 20. Januar. Der „Soir" meldet von einer tumultuarischen Manifestation in Ajaccio gegen den englischen Konsul Drummond. Derselbe soll angeblich in einer Revue ein Interview veröffentlicht haben, das Beleidigungen gegen Korsika und dessen Einwohner enthielt. 2000 Menschen zogen vor das Haus des Konsuls, lärmend und drohend. Der Bruder des schwer kranken Prinzen von Windischgrätz, welcher dasselbe Haus bewohnt, veranlaßte die Demonstranten, mit Rücksicht für den Kranken, sich zurückzuziehen.

Paris, 20. Januar. Die Expedition des Prinzen Heinrich von Orlean nach Abessinien wird nächsten Monat abgehen.